

AL INFO

www.al-zh.ch


Hoffen auf den März. Der Zürcher Gemeinderat weist das Budget zurück. SVP und Grünliberale wollen den Takt vorgeben. Die linken Regierungsparteien setzen nur auf den Stadtrat. **Seite 2**



La Gauche. Am 5. März trifft sich «Alternative Linke – La Gauche – La Sinistra» in Zürich (Rote Fabrik) zum Diskutieren und Festen. **Kongressprogramm Seite 4**

Kantonsratswahlen, Referenden & Initiativen, AL Schweiz:

Die AL bleibt 2011 am Ball

Niklaus Scherr | **2011 hat die AL einiges vor: im April die Kantonsratswahlen, im Mai die Abstimmung über die AL-Initiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle», im September die Abstimmung über das AL-Referendum gegen Steuergeschenke an die Banken und das reaktionäre Bürgerrechtsgesetz. Und am 5. März organisiert die AL Zürich den gesamtschweizerischen Kongress der «Alternativen Linken – La Gauche – La Sinistra» in der Roten Fabrik mit anschliessendem Fest.**

2010: Die AL hat mehrfach gepunktet. Die Alternative Liste hat ein ereignisreiches Jahr hinter sich. 2010 schafften wir erstmals den Einzug ins Gemeindeparlament von Dietikon, konnten in Winterthur unseren Wähleranteil deutlich steigern und in Zürich

mit fünf Sitzen und markanten Stimmengewinnen wieder Fraktionsstärke erlangen. Auch wohnbaupolitisch konnten wir punkten. Zwar sind wir mit unserem Stadtzürcher Referendum gegen den Landverkauf an der Pfingstweidstrasse an der Urne unterlegen; unsere konsequent vorgetragene Forderung, dass Private Land für den Bau preisgünstiger Wohnungen abtreten, findet aber steigenden Zuspruch, wie die erfolgreichen Beispiele bei der SBB und auf dem Manegg-Areal zeigen. Mit aller Kraft haben wir uns zudem für das Doppel-Nein zur Ausschaffungs-Initiative der SVP eingesetzt, es fehlte nicht viel und die Initiative wäre nicht nur in den Städten Zürich und Winterthur, sondern auch im Blocher-Kanton Zürich abgelehnt worden. Daran lässt sich anknüpfen.

April 2011: Mehr AL-Womanpower im Kantonsrat. Auch dieses Jahr bleibt die AL am Ball. Im April steigen wir mit der begründeten Aussicht auf Sitzgewinne in die Kantonsratswahlen. Mit Judith Stofer (Zürich 6/10) und Nina Schneider (Winterthur) wollen wir unser Männer-Duo zu einem Quartett aufstocken. In

verschiedenen Landbezirken, wo die AL bisher nicht präsent war, ist es uns gelungen, Sympathisanten vor Ort für Kandidaturen und Unterstützungs-Aktivitäten zu motivieren. Jede Stimme für die AL zählt, auch in Wahlkreisen, wo wir keine Chancen auf einen Sitzgewinn haben. Für die Sitzverteilung sind die Stimmen im ganzen Kantonsgebiet massgebend. Eine Stimme für die AL in Andelfingen kann Nina Schneider in Winterthur, eine AL-Stimme in Pfäffikon Judith Stofer in Zürich zur Wahl verhelfen.

AL Schweiz: Eidgenössische Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung?

Am 5. März 2011 organisiert die AL Zürich in der Roten Fabrik den gesamtschweizerischen Kongress der Alternativen Linken. Dort soll die erste eidgenössische Volksinitiative der AL Schweiz lanciert werden, aller Voraussicht nach zur landesweiten Abschaffung der Pauschalbesteuerung für ausländische Millionäre. Zusammen mit unseren Verbündeten von «La Gauche – Alternative Linke – La Sinistra» werden wir uns im Oktober an den Nationalratswahlen beteiligen.

AL FINANZEN

All die vielen Aktivitäten kosten eine Stange Geld. Allein unser Budget für die Kantonsratswahlen beträgt rund 50'000 Franken. Kleinere oder grössere Spenden sind willkommen auf

Alternative Liste Zürich, PC 87 – 63 811-5
Herzlichen Dank.



Walter Angst vertritt die AL in der Rechnungsprüfungskommission

Nach der Rückweisung des Budgets durch den Gemeinderat

Auf den März hoffen

Walter Angst | **Wird es in der zweiten Budgetrunde im März eine Koalition der Vernunft geben, die die absurdesten Folgen des rechtsbürgerlichen Sparprogramms blockiert?** Der Zürcher Stadtrat erlaubt sich zur Zeit den Spass eines Enthüllungsjournalismus der besonderen Art. Woche für Woche erfährt die stauende Bevölkerung Neues zu den Folgen des bürgerlichen Sparauftrag. Der ultimative Hammer war die Mitteilung, dass im kommenden Jahr in den Altersheimen weniger Geld für das leibliche Wohl zur Verfügung stehen wird.

Die stadträtlichen News zeigen, dass das demokratische Stadtzürcher Finanzrecht wenig Raum lässt für die bekannten parlamentarischen Sparmanöver, mit denen die Neoliberalen andere Gemeinwesen drangsalieren. Weil der Ge-

meinderat jeden einzelnen Budgetposten freigeben muss, steht die bürgerliche Fünferkoalition vor einer schweren Belastungsprobe. Jeder Sparantrag des Stadtrats muss von der Wackelmehrheit, die das Budget zurückgewiesen hat, bestätigt werden. Jede Fraktion der Fünferkoalition wird einzeln die volle Verantwortung für die Kürzung tragen müssen.

Die SP hat auf diesen Effekt gesetzt, als sie in der ersten Runde der Budgetdebatte stoisch behauptet hat, es gebe keine Alternative zum stadträtlichen Minusbudget. Ob das SP-Kalkül aufgehen und der Gemeinderat in der zweiten Runde im März die dümmsten Kürzungen zurücknehmen wird, ist im Moment noch offen.

Sicher ist heute schon, dass der SP-Weg nicht zu einer fortschrittlichen Finanzpolitik führen wird.

Das ist so, weil die finanzpolitischen Herausforderungen, vor denen die regierende Linke steht, wegen den neuen Mehrheiten im Gemeinderat und den strukturellen Problemen der Stadt viel grösser sind, als viele wahrhaben wollen. Die Stadtzürcher Finanzen sind wegen Einnahmefällen und Mehrbelastungen, die uns der Kanton verordnet, dem Rückgang der Zuwanderung guter (deutscher) Steuerzahler und den Unsicherheiten in der Finanzindustrie unter Druck. Der Ausbau der Kinderbetreuung, die Investitionen in die 2000-Watt-Gesellschaft und die Mehrausgaben für die Umsetzung des Volksschulgesetzes können nur finanziert werden, wenn Prioritäten gesetzt werden.

Die SP und Teile der Grünen wollen diese Prioritätensetzung an den Stadtrat delegieren. Die Erfahrung der letzten Sparrunden zeigt, dass dies keine gute Idee ist, weil der Stadtrat alles andere als ein Garant für verteilungspolitische Gerechtigkeit.

«Wir bauen eine Stadt»

David Berger | *Es war einmal eine Stadt. Sie war nicht weltbekannt und auch nicht reich. Trotzdem waren die Leute stolz und fleissig wurde für die Fabrikherren Mehrwert erarbeitet. Eines Tages entschlossen die Fabrikherren, sich den Mehrwert von anderen Arbeitern in fernen Städten erarbeiten zu lassen. Die Produktionsmittel wurden demontiert und die Menschen mussten sich neue Lohnarbeit suchen.*

Die Stadtoberen hatten die Idee, mit teurem Wohnraum reichere BürgerInnen anzulocken. Fleissig wurden alle Gelegenheiten aus-

genutzt, diesem Ziel entgegenzuarbeiten. Als auch die Soldaten die Stadt verliessen, wurden deren Häuser in teure Wohnungen umgebaut. Freudig halfen ihnen dabei die früheren Fabrikherren, hatten sie doch mit dem Mehrwert, den ihnen die Arbeiter erarbeitet hatten, Grund und Boden erworben. Die Fabrikherren verwandelten den Boden in Kapital, und Spekulanten konnten darauf Gebäude erstellen.

Die Einwohner der Stadt waren überrascht, dass ihre Heime immer teurer wurden, wenn sie nicht gar aus den Hütten vertrieben

wurden, damit an den gleichen Stellen Paläste gebaut werden konnten. Die Menschen wurden wütend, weil sie an die Versprechen einiger ihrer Herrscher geglaubt hatten, sie würden für eine gerechte Gesellschaft kämpfen. Genug, riefen die Menschen! Sie griffen zu ihren Heugabeln und Fackeln und errichteten eine wahre Volksdemokratie, überführten den Boden in Gemeineigentum und kollektivierten die Produktionsmittel, damit sie nie wieder der Willkür und den Gnaden der Herrscher und der Fabrikbesitzer ausgeliefert waren. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann...

David Berger ist AL-Gemeinderat in Winterthur



Manuela Schiller vertritt als Anwältin viele Migrant/-innen

Neues Bürgerrechtsgesetz und SVP-Referendum

Nochmals 2 x NEIN!

Manuela Schiller | **Die AL sagt entschieden NEIN zum neuen kantonalen Bürgerrechtsgesetz. Sie hat zusammen mit Grünen und SP dagegen das Kantonsratsreferendum ergriffen und engagiert sich auch aktiv im kantonalen 2xNEIN-Komitee. Abgestimmt wird voraussichtlich im Herbst 2011.**

Gestützt auf die neue Kantonsverfassung muss der Kanton ein Bürgerrechtsgesetz erlassen (bisher war dies bloss in einer regierungsrätlichen Verordnung geregelt). Bereits der regierungsrätliche Entwurf brachte massive Einschränkungen gegenüber der heutigen Regelung, die bürgerliche Kantonsratsmehrheit hat noch weitere Verschärfungen eingebaut.

Neu: Niederlassungsbewilligung und 3 Jahre Wohnsitz in der Gemeinde. Neu müssen Einbürgerungswillige zwingend eine Niederlassungsbewilligung besitzen, ein Privileg, über das Bürgerkriegsflüchtlinge – etwa Tamilen und Personen aus Ex-Jugo-

slawien – auch nach 15–20 Jahren oftmals nicht verfügen. Auch wer Leistungen der Arbeitslosenversicherung bezieht, soll von der Einbürgerung ausgeschlossen werden. Alle BewerberInnen müssen zudem mindestens drei Jahre Wohnsitz in der Gemeinde aufweisen – eine Bestimmung, die sich angesichts der grossen Mobilität unter Jugendlichen klar gegen die Secondos richtet. Bisher waren es zwei Jahre und junge Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren, die hier geboren oder mindestens fünf Jahre zur Schule gegangen sind, mussten bloss zwei Jahre Wohnsitz im Kanton nachweisen. Zur Erinnerung: um eingebürgert werden zu können, muss man ohnehin erst mal 12 Jahre in der Schweiz gewohnt haben.

SVP: Bürgerrecht als Gnadenakt der Schweizermacher. All das ist der SVP nicht genug. Mit ihrem konstruktiven Referendum «Kein Recht auf Einbürgerung für Verbrecher» fordert sie zusätzliche Restriktionen:

- das Bürgerrecht soll weiterhin

ein Gnadenakt bleiben: Selbst wer sämtliche Voraussetzungen des Gesetzes erfüllt, soll von der Gemeinde abgelehnt werden können;

- wer je wegen eines Verbrechens verurteilt worden ist, soll lebenslänglich von der Einbürgerung ausgeschlossen sein;
- junge Erwachsene, die in den letzten fünf Jahren wegen eines blossen Vergehens verurteilt worden sind, sind ebenfalls ausgeschlossen.

Rechtzeitig Kräfte bündeln.

Diesmal wollen wir nicht erst in letzter Minute wie bei der Ausschaffungs-Initiative unsere Kräfte bündeln. Bereits Anfang Januar haben sich deshalb Interessierte, darunter viele AL-Mitglieder und – SympathisantInnen, getroffen, um eine breitangelegte Kampagne im ganzen Kantonsgebiet zu organisieren. Es wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet.

Wer an einer Mitarbeit interessiert ist kann sich bei Manuela Schiller (schiller@delphin-anwaelte.ch) melden.

«Hotel Angst» geht auf Tournee im Kanton

Um das niederschmetternde Ergebnis der Minarett-Abstimmung aufzuarbeiten, hat AL-Gemeinderat Niggi Scherr zusammen mit Beatrice Moll Anfang 2010 die Performance «Hotel Angst – Der Umgang der Eidgenossen mit den Fremden», ein politisch-literarisches Potpourri aus 150 Jahren Schweizergeschichte lanciert.

Nach zwei erfolgreichen Präsentationen in Zürich gehen die beiden jetzt auf Tournee im Kanton, in Uster, Horgen, Meilen, Wetzikon und Bülach (siehe Veranstaltungskalender).

Nach dem erneuten Ja zur Ausschaffungs-Initiative ist «Hotel Angst» aktueller denn je. Es präsentiert Skurriles, Lustiges und

Trauriges über die Angst vor dem und den Fremden in der Schweiz. Vom Niederlassungsverbot für Juden (1848) und dem antideutschen Tonhalle-Krawall (1871) über die Erfindung der «Überfremdung» (1900) und die Schaffung einer eidgenössischen Fremdenpolizei bis hin zur Schwarzenbach-Initiative (1970).



Niklaus Scherr ist Vorstandsmitglied von La Gauche – Alternative Linke – La Sinistra

Anecken statt Einstecken

AL Schweiz in Zürich

Niklaus Scherr | **Am 5. März tagt der Kongress der «Alternativen Linken – La Gauche – La Sinistra» in der Roten Fabrik.**

Eidgenössische Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer. Im Mai 2010 in Lausanne gegründet, hat die AL Schweiz mittlerweile kantonale Sektionen im Wallis, Waadt, Genf, Arc Jurasien und Bern. Dazu kommen die schon länger bestehenden Alternative Listen von Zürich, Schaffhausen und Aargau. Am meisten zu reden geben wird am Kongress der Antrag des Vorstandes, eine gesamtschweizerische Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung zu lancieren.

Kritische Bilanz zur EU. Am Nachmittag ist eine kritische Auslegeordnung zur EU und ihren neoliberalen Tendenzen und der Haltung der Alternativen Linken

vorgesehen. Unterm Motto «Zeigt den Schweizern die rote Karte» folgt mit Referaten und kulturellen Beiträgen eine Veranstaltung zur Abstimmung über die Zürcher Bürgerrechts-Vorlage zusammen mit dem 2xNEIN-Komitee (siehe Artikel Seite 3). Am frühen Abend diskutieren wir über Gentrifizierung und Widerstand, mit einem Beitrag von Christoph Twickel von der Hamburger Bewegung «Not in our name». Ab 21 Uhr geht es musikalisch weiter mit Jaune Toujours (B), Open Season (CH) und mith & Smart (D).

Der offizielle Kongress am Morgen ist für Mitglieder reserviert. Wer an einer Mitgliedschaft interessiert ist (Jahresbeitrag Fr. 50.–, Nichtverdienende Fr. 25.–) kann unter <http://alternative-linke.ch/167/> beitreten. Für den Kongress (Teilnahmegebühr Fr. 60.–/30.–) kann man sich bei der AL Zürich anmelden (sekretariat@al-zh.ch).

ALTOURNEE

Bund: **Initiative «Schutz vor Waffengewalt»** JA

Kanton Zürich: **Initiative «Verwendung der Ordnungsbussen im Strassenverkehr»** NEIN

Kanton Zürich: **20-Mio-Kredit Ausbau Landesmuseum (Referendum)** NEIN

Stadt Zürich: **Gestaltungsplan Kornhaus Swissmill (Referendum)** NEIN

Mehr Infos unter <http://al-zh.ch/aktuelles/artikel/article/swissmill-der-wurm-im-turm.html>

ALTOURNEE

Hotel Angst – Der Umgang der Eidgenossen mit den Fremden.

Eine szenische Lesung von Niklaus Scherr und Bea Moll. **Uster:** Sonntag 16. Januar, 18 Uhr, Kaffee Hut (5 Min. vom Bahnhof). **Meilen:** Sonntag 23. Januar, 17 Uhr, Restaurant Löwen, Seestrasse 595 (7 Min. vom Bahnhof).

Horgen: Sonntag 30. Januar, 17 Uhr, See la vie, Zugerstrasse 46 (direkt beim Bahnhof, 2 Min.).

Wetzikon: Freitag, 4. Februar, 20 Uhr, Kulturfabrik, Zürcherstr. 40 (ab Bahnhof Wetzikon 1 Station Bus Nr. 852).

Bülach: Sonntag 6. Februar, 17 Uhr, Bülach Guss 81-80, Schaffhauserstrasse 102 (direkt beim Bahnhof, 2 Min.).

ALTERMINE

Dienstag, 18. Januar, 19.30. AL-VV im Gemeinschaftszentrum Hellmutstrasse 86c, 8004 Zürich.

Donnerstag, 27. Januar, 19.30. Plattform-Diskussion der AL zum Thema «Bildung». Volkshaus Zürich.

Samstag, 5. März ab 10 Uhr. Gesamtschweizerischer Kongress «Alternative Linke – La Gauche – La Sinistra». Rote Fabrik, mit anschliessendem Kulturprogramm.

ALIMPRESSUM

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich

Homepage www.al-zh.ch

Sekretariat Antonia Maino, Molkenstr. 21, 8004 Zürich.

Mail sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 **Fax.** 044 242 19 60

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Redaktion Niklaus Scherr



Benefizessen der AL. Am 21. November trafen sich über 60 Freundinnen und Freunde der AL Zürich im Provitreff zum traditionellen Benefizessen und liessen sich von der Küchencrew mit Manuela Schiller und Francesca Carbone kulinarisch und von Wolfgang Bortlik und Gogo Frei kulturell verwöhnen.